

Politik für Arbeitnehmerinnen

- Grundsätze unserer Politik (Seite 2)
- Rot-grüne Steuerpolitik: Teuer für alle (Seite 3)
- Schröder-Regierung: Der Anfang vom Ende der Sozialversicherung? (Seite 4)
- Leere Versprechung: Mehr Beschäftigung durch die SPD (Seite 6)
- Mitbestimmung und Beteiligung der Arbeitnehmer: ein Werk der CDU (Seite 7)

Stand: April 1999

Grundsätze unserer Politik

Die CDU läßt sich von ihrem Koordinatensystem leiten, das sich aus den Grundwerten Freiheit, Subsidiarität und Gerechtigkeit ergibt. In unserer Volkspartei haben Werte Zukunft. Wir wollen die Mehrheit im Bund 2002 zurückgewinnen. 1999 ist für uns das Jahr des Aufbruchs. Wir wollen über die Länder und Kommunen den politischen Einfluß der CDU wieder stärken und als deutsche Europapartei bei den Wahlen zum Europäischen Parlament stärkste politische Kraft bleiben.

Angesichts des raschen technologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Wandels haben Fragen

nach Geborgenheit, sozialer Sicherheit und Absicherung der individuellen Lebensplanungen eine neue Qualität erhalten. Nun gilt es, auf diese neuen Fragen neue Antworten zu geben. Die Grundlage hierzu bildet unser christliches Verständnis vom Menschen.

Der Versuch von Rot-Grün, den Veränderungsprozess vor allem durch den Ausbau staatlicher Maßnahmen zu begegnen, führt in die Irre. Vielmehr geht es um differenzierte Lösungen, die den einzelnen Menschen befähigen, selbstbestimmt zu leben und ihn nicht zu bevormunden. Die CDU will dem Prinzip der Subsidiarität auf allen Ebenen und darüber hinaus auch in der Europäischen Union Geltung verschaffen. Subsidiarität funktioniert nur dort, wo

Auszug aus unserem Grundsatzprogramm „Freiheit in Verantwortung“:

Von besonderem Wert für unsere soziale Ordnung und für den Erfolg unserer Wirtschaft ist die soziale Partnerschaft. Ein Vergleich mit vielen anderen Industrieländern zeigt, wie hoch die produktive Kraft des sozialen Friedens einzuschätzen ist. Zur sozialen Partnerschaft in der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft gehören vor allem Mitbestimmung, Selbstverwaltung in der Sozialversicherung,

Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und die Tarifautonomie.

Zu den grundlegenden Elementen unserer sozialen Ordnung gehören ferner ein wirksamer Arbeitnehmerschutz, die Mitbestimmung und Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer und die soziale Partnerschaft ebenso wie die Gleichberechtigung von Frau und Mann.

es genug Freiräume für eigenverantwortliches Handeln gibt. Deshalb treten wir für Deregulierung und Entbürokratisierung, Wettbewerb und Regionalisierung ein.

Rot-grüne Steuerpolitik: Teuer für alle

Die Politik der Schröder-Regierung ist ohne Konzept und verunsichert Bürger und Unternehmen gleichermaßen. Von den vielen Versprechungen – mehr Arbeitsplätze, weniger Steuern und Abgaben, Ausbau des Sozialstaates – ist bisher nichts zu sehen. Hinter der vorgeblich „modernen“ Wirtschaftspolitik steckt in Wirklichkeit die alte Politik der Umverteilung zu Lasten der arbeitslosen Menschen.

● Keine Entlastung bei der Einkommensteuer

Das sogenannte „Steuerentlastungsgesetz“ bringt komplizierte Regelungen, statt das Steuerrecht zu vereinfachen. Die Steuersatzsenkungen sind viel zu gering, um positive Wirkungen auf dem Arbeitsmarkt auszulösen. Auf die – viel zu geringe – Nettoentlastung müssen die Steuerzahler bis zum Wahljahr 2002 warten. Unternehmen und Mittelstand werden sogar mit 10 Milliarden DM jährlich zusätzlich belastet. So entstehen keine neuen Arbeitsplätze.

● Steuererhöhung durch die Ökosteuer

Unter dem Deckmantel des Umweltschutzes hat die Regierung Schröder die Ökosteuer eingeführt. Rentner, Familien mit Kindern, Pendler und sozial Schwache werden damit zum Teil erheblich belastet. Der Umwelt bringt das alles nichts: Weil die zusätzlichen Einnahmen in die Rentenversicherung fließen, braucht die Schröder-Regierung die Steuermittel. Wenn die Verbraucher mit Energieeinsparungen reagieren, muß die Steuer-schraube weiter gedreht werden.

Durch die höheren Energiepreise verliert Deutschland zudem im internationalen Wettbewerb an Attraktivität. Die Folge des nationalen Alleingangs: mehr Investitionen im Ausland und weniger Arbeitsplätze in Deutschland.

● Unsere Perspektive

Die CDU:

► hat ein umfassendes Konzept zur Modernisierung und Vereinfachung des deutschen Steuersystems vorgelegt, mit dem Arbeitnehmer und ihre Familie, kleine, mittlere und große Unternehmen spürbar entlastet werden. Wachstum und Kaufkraft werden gestärkt. Leistung wird belohnt. Diesen Weg gilt es nun fortzusetzen. Wir wollen die Petersberger Beschlüsse zur Steuerreform unter Einbeziehung der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zur

steuerlichen Behandlung von Familien weiterentwickeln,

► fordert eine Politik der strikten Ausgabenbegrenzung mit dem Ziel, die Staatsquote unter 40 Prozent zu senken. Unser mittelfristiges Ziel ist ein Haushalt ohne Neuverschuldung. Die Steuersätze für die Einkommens- und Unternehmensbesteuerung müssen drastisch gesenkt werden, damit Arbeitnehmer wieder mehr Geld in der Tasche haben und die Wirtschaft entlastet wird,

► will die sozialen Sicherungssysteme so umgestalten, daß die Beiträge dauerhaft stabilisiert werden und der einzelne wieder mehr Möglichkeiten für private Vorsorge nach seinen eigenen Bedürfnissen erhält.

Schröder-Regierung: Der Anfang vom Ende der Sozialversicherung?

● Almosen statt Leistung: Nein-danke!

Die Schröder-Regierung will anscheinend staatliche Almosen als Alternative zur Sozialversicherung. Immer wieder, zuletzt durch Wirtschaftsminister Müller wird gefordert, Arbeitslosengeld nach Bedürftigkeit zu gewähren. Dabei übersieht er: Das **Arbeitslosengeld ist kein Almosen des Staates**, das willkürlich gezahlt

oder entzogen werden kann. Es handelt sich vielmehr um Leistungen, die sich der einzelne Arbeitnehmer durch seine Beiträge erarbeitet hat und die nach dem Grundgesetz unter Eigentumsschutz stehen.

● Mindestsicherung statt Sozialversicherung: Nein-danke!

Bundesarbeitsminister Riester verunsichert die Menschen durch seine **Forderung nach einer Mindestsicherung**. Dabei übersieht er: Es gibt sie schon lange: Die Sozialhilfe ist die Grundsicherung. Altersarmut ist heute in Deutschland die Ausnahme: 1,3 Prozent der Rentner erhalten ergänzend Sozialhilfe zur Rente. 98,7 Prozent der Seniorenhaushalte können also von der gesetzlichen Rente oder Pension, von eigener Vorsorge oder von Ersparnissen leben. Dies gehört zu den größten sozialen Leistungen unseres Landes und darf nicht leichtfertig kaputtgeredet werden. Das heißt nicht, daß es keine Veränderung geben soll. Die Union hat ihre Antwort auf die notwendigen Veränderungen mit der Rentenreform 1999 gegeben: mit dem „demographischen Faktor“. Damit wird in keine derzeit gezahlte Rente eingegriffen, und die Lasten zwischen alt und jung, zwischen Beitragszahlern und Rentnernempfängern werden fair aufgeteilt. Die SPD verweigert ihre Alternative und glaubt durch das Aussetzen der Reform eine scheinbare Antwort auf

die demographischen Veränderungen gefunden zu haben. Bündnis 90/Die Grünen gehen sogar noch einen Schritt weiter und wollen, daß die Renten, die über dem Durchschnitt liegen, schrittweise gesenkt werden, um die Erhöhung niedriger Renten zu finanzieren. Das bedeutet: Wer ein Leben lang fleißig gearbeitet hat, wird dafür bestraft. Am Ende stünde die Einheitsrente.

● Hohes Niveau der sozialen Sicherung

Die SPD erweckt den Eindruck, als ob in Deutschland nichts gegen Armut getan worden sei. Tatsache ist: jede dritte Mark des Sozialproduktes wird für Soziales ausgegeben. Damit leistet sich Deutschland eine weltweit vorbildliche soziale Sicherung.

● Unsere Perspektiven

Die CDU wird die bewährten Grundlagen ihrer Politik ausbauen durch

- ▶ eine Weiterentwicklung der Hinterbliebenenversorgung und eine Neuordnung der familienpolitischen Leistungen,
- ▶ ein Konzept zur Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge,
- ▶ ein Konzept zur durchgreifenden Reform der Sozialversicherung,
- ▶ eine Weiterentwicklung des Kombilohn-Modells, das insbesondere Langzeitarbeitslose verstärkt in den ersten Arbeitsmarkt eingliedert,
- ▶ die Entwicklung eines Konzepts „Sozialstaat 21“.

Kosten der sozialen Sicherheit in Deutschland

	Leistungen		Sozialleistungsquote Deutschland		Ausgaben pro Einwohner
	– Milliarden DM –	Deutschland	West	Ost	– DM –
1982	528,8	33,3			8.510
1985	578,6	31,7			9.393
1990*	737,4	29,1			11.147
1991	883,1	30,9	28,7	60,2	11.841
1995	1.177,9	34,0	31,3	55,1	14.486
1996	1.236,1	34,9	32,1	56,0	15.113
1997	1.256,1	34,4	31,7	54,5	15.329

*1990 Angaben nur eingeschränkt vergleichbar

Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung, März 1998

Leere Versprechung: Mehr Beschäftigung durch die SPD

Die SPD hat den Abbau der Arbeitslosigkeit zum Prüfstein ihres Erfolges erklärt. Dennoch sind neue zusätzliche Stellen eine Fehlanzeige. Ein erfolgreiches Bündnis für Arbeit, wie es seit 1996 in Bayern praktiziert wird, ist auf Bundesebene nicht in Sicht. In Bayern wurden innerhalb von zwei Jahren 150.000 Arbeitsplätze gesichert und 52.000 neu geschaffen. Die unionsgeführten Bundesländer haben niedrige Arbeitslosenquoten, die SPD-regierten erheblich höhere Arbeitslosenquoten. Arbeitsminister Riester hält es schon für einen Erfolg, wenn der Stand der Arbeitslosigkeit von Dezember 1998 mit 4,197 Millionen Menschen gehalten werden kann.

Mehr Stellen gibt es nur durch verlässliche Rahmenbedingungen für Unternehmer und Arbeitnehmer. Doch genau das Gegenteil hat die Schröder-Regierung bewirkt:

● Neuregelung 630-DM-Jobs

Wie wenig die SPD hinter ihrem eigenen Gesetz steht, zeigt die Ankündigung des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Wolfgang Clement, die Folgen des Gesetzes zu untersuchen. Nach Einschätzung des Hauptverbandes des Einzelhan-

dels wird jeder dritte 630-DM-Job verschwinden. Gaststätten und das Reinigungsgewerbe stehen vor unlösbaren Problemen, denn die Lohnkosten steigen für den Arbeitgeber um 20 bis 35 Prozent. Benachteiligt werden alle diejenigen, die auf die Mini-Jobs angewiesen sind: Geringverdiener, alleinstehende Frauen, Studenten und auch Rentner. Gleichzeitig wird die ehrenamtliche Tätigkeit behindert. Sportvereine haben nun höhere Ausgaben, um ihre Übungsleiter zu entlohnen.

● Neuregelung Scheinselbständigkeit

Drei Monate nach Inkrafttreten der Neuregelung zur Scheinselbständigkeit sieht der Bundesverband der Freien Berufe über 50.000 Existenzen gefährdet. Die Verunsicherung ist groß, der Verwaltungsaufwand

Arbeitslosenquote*

März 1999

– in Prozent –

Saarland	12,2
Niedersachsen	12,2
Nordrhein-Westfalen	11,7
Westdeutschland	10,4
Baden-Württemberg	7,7
Bayern	8,3

*Arbeitslose in Prozent der abhängigen zivilen Beschäftigten, Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, 8. April 1999

hoch und die Kündigung von Freien Mitarbeiterverträgen die Folge. Hier hat die Schröder-Regierung ein Beschäftigungsprogramm für Bürokraten und ein Arbeitsplatzabbauprogramm für Freie Berufe und Existenzgründer geschaffen. Dies bestätigt auch der Bundesvorsitzende der Selbständigen in der SPD, Jürgen Vahlberg: „So erfüllen zum Beispiel selbständige Dolmetscher, Lehrer an Musikschulen, Journalisten, Grafiker, Programmierer ohne Probleme die geforderten zwei von vier vorgegebenen Kriterien, um als Scheinselbständige zur Berufsaufgabe gezwungen zu werden. Denn die Vorstellung, dieser Personenkreis würde automatisch in ein versicherungspflichtiges Arbeitsverhältnis übernommen werden, ist weltfremd.“

● Einstieg in die Ökosteuer

Statt die Zukunft zu entlasten und Energie einzusparen, wird alles teurer: Strom, Gas, Benzin, das Fahren mit Bus und Bahn. Dies trifft Rentner, sozial Schwache, Familien mit Kindern und Berufspendler.

Der Wähler fühlt sich von der Schröder-Regierung getäuscht.

Dies spiegelt sich auch in der Frühjahrsumfrage der Welt am Sonntag wider: Die Wähler erteilen der Schröder-Regierung einen blauen Brief: Jeder zweite Leser urteilte mit der Note „ungenügend“ oder „mangelhaft“.

● Unsere Perspektive

Die CDU tritt ein

- ▶ für eine wachstumsorientierte Wirtschaftspolitik, stetiges und ausreichendes Wachstum, um die Probleme auf dem Beschäftigungsmarkt zu lösen,
- ▶ für mehr einfache Tätigkeiten in Deutschland,
- ▶ für den Abbau von Barrieren beim Zugang zum Arbeitsmarkt und für mehr Mobilität auf dem Arbeitsmarkt,
- ▶ für die Nutzung von verstärkten Arbeitszeitkonten, Monats- und Jahresarbeitszeitmodellen,
- ▶ für eine neue Kultur der Selbständigkeit,
- ▶ für einen erleichterten Zugang zu Risikokapital und umfassende Beratungsangebote für junge innovative Unternehmen.

Mitbestimmung und Beteiligung der Arbeitnehmer: ein Werk der CDU

Arbeitswelt heute heißt: Sozialkompetenz wird in drei von vier Stellen gefordert. Fremdsprachenkenntnisse werden in jeder fünften Stelle verlangt. Körperlich belastende Tätigkeiten verlieren an Bedeutung, elektronische Medien halten in viele Bereiche Einzug. Die Grenzen zwischen Produktion und Dienstleistung

lösen sich auf. Der Umgang mit Information wird wichtiger. Diese Entwicklungen verunsichern den einzelnen Menschen. Vergessen werden darf dabei nicht: Schon einmal ist ein grundlegender Wandel gelungen: von der Agrar- zur Industriegesellschaft. Jetzt muß der Wandel zur Dienstleistungs- und Informationsgesellschaft gestaltet werden.

● Unsere Position

Die CDU

- ▶ will die Kommunikationstechnologie, die Gen-, Bio-, Umwelt- und Verkehrstechnologie fördern,
- ▶ ältere Arbeitnehmer auf die Anforderungen des technologischen Wandels vorbereiten und hierzu neue Strategien entwickeln.

Breite Schichten der westdeutschen Bevölkerung haben in den letzten Jahrzehnten in beachtlichem Umfang Vermögen gebildet. Grundvermögen besitzen heute rund die Hälfte aller Haushalte. In den neuen Bundesländern ist der Anteil erfreulicherweise auf 28 Prozent angestiegen.

Auch das Geldvermögen ist in breiten Schichten der Bevölkerung gewachsen. Die Verbreitung der einzelnen Geldvermögensformen hat stark zugenommen. So hatte 1993 zum Beispiel schon fast die Hälfte aller privaten Haushalte Wertpapiere einschließlich Sparbriefe, dagegen 1962

noch nicht einmal ein Zehntel. Lebensversicherungen hatten 1993 vier von fünf Arbeitnehmer-Haushalten. Zu dieser positiven Entwicklung der Vermögen und ihrer Verteilung hat nicht zuletzt auch die von der CDU durchgesetzte staatliche Förderung der Vermögensbildung beigetragen. Zuletzt hat die frühere CDU-geführte Bundesregierung eine stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer zum 1. Januar 1999 in Kraft gesetzt durch:

- ▶ die Anhebung der Einkommensgrenzen für die Sparzulage und
- ▶ die Erhöhung der Sparzulage von 10 auf 20 Prozent für Beteiligungen am Produktivkapital.

**Statt 936 DM gibt es nun 1.736 DM.
Statt 700 Millionen gibt es 1,83
Milliarden DM staatliche Unterstützung für Arbeitnehmer.**

● Unsere Perspektive

Die CDU:

- ▶ wird ein Konzept zur Stärkung der betrieblichen Altersvorsorge entwickeln,
- ▶ fordert die Tarifpartner auf, verstärkt ergebnisabhängige Komponenten sowie attraktive Formen der Mitarbeiterbeteiligung in die Tarifabschlüsse einzubeziehen,
- ▶ tritt für den Ausbau der staatlichen Förderung der Kapitalbeteiligung in Arbeitnehmerhand ein.